

Editorial

Liebe lesende Menschen!

Wieder einmal beginnt ein neues Semester und wieder einmal haltet ihr die neue Ausgabe der rot!ation in der Hand. Oder aber ihr seid neu an der Uni Göttingen und lest zum ersten Mal etwas von uns. Für diesen Fall möchten wir uns kurz vorstellen: Als Juso-HSG machen wir Politik mit dem Ziel einer solidarischen, demokratischen und offenen Hochschule. Wir möchten das Studium studierbar gestalten, Bildungshürden abbauen und die Möglichkeiten zur freien Entfaltung fördern. Hierfür setzen wir uns in verschiedenen Gremien wie dem Allgemeinen Studierenden-ausschuss (ASTA), Fachschäftsräten, im Senat und mehreren Fakultätsräten ein. Mit unserer rot!ation begleiten wir das hochschulpolitische Geschehen und kommentieren aktuelle Entwicklungen.

Das Ziel einer offenen Hochschule verfolgen wir dabei im Kleinen zu allererst bei uns selbst: Egal ob Ersti oder alter Hase – wir freuen uns über alle, die Interesse an uns zeigen und sich vorstellen können, bei uns mitzumachen. Besonders geeignet sind dafür unsere Info-Abende – genaueres erfahrt ihr auf Seite 5.

Zu guter Letzt möchten wir euch noch einen möglichst guten Start in die Vorlesungszeit wünschen. Lasst euch nicht hetzen, studiert, was euch interessiert und vergesst vor allem nicht, auch mal Freizeit zu haben.

Eure Juso-Hochschulgruppe

Für ein selbstbestimmtes Leben Den Herrschenden den Laufpass geben!



Studiengebühren – sozial unverträglich, selektiv, ausgrenzend! Die zentrale Frage, die sich im hochschulpolitischen sowie gesellschaftlichen Kontext immer wieder stellt: Warum zahlen Studierende in Niedersachsen immer noch für ihre Bildung?

■ Schwarz-Gelb will Studiengebühren bundesweit

Eine Veränderung der politischen Stoßrichtung in Bezug auf Studiengebühren ist in Niedersachsen unter einer schwarz-gelben Landesregierung nicht abzusehen. Im Gegenteil: Vor kurzem trat Wissenschaftsministerin Johanna Wanka sogar für eine bundesweite Einführung von Studiengebühren in den nächsten fünf Jahren ein.

Wir fragen uns, warum Studierende immer noch für ein Grundrecht, das ihnen zusteht, bezahlen müssen. „Freie Bildung für alle“ ist keine leere Phrase, sondern die Forderung nach einem Grundrecht, das endlich konsequent umgesetzt werden muss. Grundrechte kann man nicht kaufen, sie müssen vom Staat sichergestellt werden. Das bedeutet, dass dieser Verantwortung dafür trägt, ein gebührenfreies Studium für alle Studierenden zu gewährleisten. Es muss endlich erkannt werden: Bildung darf durch finanzielle Hürden nicht zu einem exklusiven Gut erhoben werden! Statt Studiengebühren fordern wir eine öffentliche Hochschulfinanzie-

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

rung, die vor allem durch die Abschaffung des Kooperationsverbots verbessert werden kann. Das Kooperationsverbot sorgt dafür, dass die Hochschulfinanzierung ausschließlich Ländersache ist und verbietet dem Bund, unterstützend einzugreifen. Eine Umstrukturierung hin zu einer Bund-Länder-Kooperation kann der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems entgegenwirken.

■ Studiengebühren fördern Selektivität

Bei der Abschaffung der Studiengebühren geht es ganz direkt auch um die Verbesserung der Studienbedingungen. Studiengebühren fördern die soziale Ausgrenzung und machen ein Studium für Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen schwer bis unmöglich. Die Auswirkungen von Studiengebühren zeigen sich ganz direkt: Immer weniger junge Menschen nehmen überhaupt ein Studium auf oder brechen ihr Studium frühzeitig ab, weil sie sich die Gebühren an niedersächsischen Hochschulen nicht leisten können. Die soziale Selektivität wird durch Studiengebühren als Teil

der zunehmenden Ökonomisierung des deutschen Bildungssystems massiv befeuert. Von sozialer Gerechtigkeit im Bildungssystem kann hier keine Rede sein.

Uns wird bald die Möglichkeit geboten, Studiengebühren endlich abzuschaffen und studentische Interessen in den Fokus der Debatte zu rücken. Insbesondere in Hinblick auf die Landtagswahlen im Januar 2013 in Niedersachsen eröffnen sich konkrete Handlungsfelder.

■ Studiengebühren abwählen!

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen ruft deshalb auf: Schwarz-gelb regierten Gebührenländern entgegenwirken, Studiengebühren abwählen!

Außer CDU und FDP haben alle im Landtag vertretenen Parteien signalisiert, bei einem Wahlerfolg Studiengebühren in Niedersachsen abschaffen zu wollen. Dadurch wird deutlich, dass die staatliche Finanzierung des Bildungssystems eine Frage des politischen Willens ist – und keine Frage des Geldes. Freie Bildung muss wieder als gesellschaftliche Verpflichtung für eine moderne Demokratie gesehen werden.

■ Du kannst selbst aktiv werden

Außerdem können wir als Studierende den Problemdruck, der durch Studiengebühren entsteht, sichtbar machen, indem wir gegen Studiengebühren auf die Straße gehen, landesweit einen solidarischen Gebührenboykott unterstützen sowie Verfassungs- und Musterklagen gegen Studiengebühren anstreben.

Die Juso-HSG Göttingen fordert die Verantwortlichen in Niedersachsen auf, ihrer bildungspolitischen Verpflichtung nachzukommen und die Finanzierung der Hochschulen zu übernehmen, um – unabhängig von ihrer Herkunft – allen Studierenden das Recht auf die Aufnahme eines Studiums zu gewährleisten.

Wir lehnen jede Form von Studiengebühren aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen ab.

Die Juso-HSG Göttingen erklärt sich solidarisch mit allen Studierenden, die gegen Studiengebühren Widerstand leisten und gemeinsam mit uns den Kampf gegen Studiengebühren aufnehmen oder bereits aufgenommen haben.

Master für alle – Bildungshürden abbauen

Mit der Einführung des Bachelor-/Master-Systems hat sich eine zusätzliche Bildungshürde in der deutschen (Hoch-)Schullandschaft etabliert. Neben dem Übergang von der Grundschule ins dreigliedrige Schulsystem (das deutschlandweit glücklicherweise gerade auf dem Rückzug ist), dem

die durch NCs schon stark beschränkt sein kann, ist für Studierende ein weiterer Bildungsübergang hinzugekommen.

■ Master künstlich verknappt

Masterstudiengänge sind konzeptionell so angelegt, dass sie nicht allen Bachelor-Absolvent*innen offen stehen. Üblicherweise wird eine Note von 2,5 oder besser im Bachelor erwartet, um das Masterstudium aufzunehmen. Die Masterplätze werden dadurch seitens der Universität künstlich verknappt. Es ist nicht ersichtlich, wieso für

bei den „alten“ Studiengängen mit einer Regelstudienzeit von 9 Semestern der Fall war.

■ Das Beispiel Psychologie

Besonders stark wird dieser Mangel im Bereich Psychologie vor Augen geführt. Sind bereits die Eingangshürden zur Aufnahme des Bachelor-Studiums sehr hoch (nur gut zwei Prozent aller Studienbewerber*innen in Göttingen können es auch aufnehmen), so werden beim Übergang in den Master erneut Studierende ausgesiebt. Für alle psychologischen Berufe ist mindestens ein Master-Abschluss von Nöten. Mit dem Bachelor in Psychologie wurde also ein Abschluss ohne Sinn geschaffen. Er lässt Menschen zurück, die nach einem sehr guten Abitur und mindestens drei Jahren Studium keine Berufsperspektive aufweisen können. Ihre Möglichkeiten: Zurück auf Start und ein neues Studium/eine Ausbildung aufnehmen oder versuchen, mit



Wechsel von Sekundarstufe I zu II und der Immatrikulation in ein Studium,

Master-Studierende weniger Kapazitäten vorhanden sein sollen, als dies

(Fortsetzung auf Seite 3)

Studienplatz? Ja! - Dach über'm Kopf? Fehlanzeige?

Lösungsansätze studentischer Wohnungsnot

Kasernen, Klöster, Gefängnisse – als Wohnraum für Studierende. Auch in Göttingen ist studentischer Wohnraum knapp, sinnvolle Alternativen rar. Das zentrale Problem: Studieren-



de finden keine Wohnungen, die sie bezahlen können – falls sie überhaupt eine finden. Wohnheimplätze sind größtenteils belegt und es ist ein Glücksgriff, wenn Studierende hier zu Semesterbeginn noch einen Platz bekommen.

Eine Wohnung in Campusnähe ist zu einer seltenen Luxusware geworden und Studierende müssen aufgrund mehrerer Faktoren immer häufiger in die umliegenden Dörfer ziehen. Eine eigene, zentral gelegene Wohnung ist nicht mehr bezahlbar oder gar nicht verfügbar. Einen weiten Anfahrtsweg zur Hochschule müssen deshalb viele Studierende in Kauf neh-

men. Studierende sind gezwungen am Stadtrand, in Hostels und Turnhallen zu wohnen.

Auch durch Sanierungen sind die Wohnheimplätze in Göttingen bedroht. Die Mieten steigen und die Studierenden sind wiederum gezwungen, nach günstigeren Alternativen zu suchen. Wenn jedoch 40 Bewerber*innen auf ein WG-Zimmer insbesondere kurz vor Semesterbeginn keine Seltenheit mehr sind, lässt sich so schnell keine Lösung für das Problem „Wohnraum“ finden.

Die Juso-HSG Göttingen fordert daher den Aus- sowie Neubau von studentischem Wohnraum sowie bezahlbare Mieten in der Hochschulstadt Göttingen. Investiert werden soll hierbei in diverse Wohnformen. Sowohl große Wohngemeinschaften als auch Einzelappartements sollen vom Studentenwerk angeboten werden. Die Spezialisierung auf eine Wohnform erachten wir weder für sinnvoll noch für bedarfsgerecht.

Es ist wichtig, dass wir uns als starke Interessengruppe etablieren und den Mangel an studentischem Wohnraum sichtbar problematisieren, so dass der Bedarf vor Ort wahrgenommen wird.

(Fortsetzung von Seite 2)

ihrem Bachelor-Studium an Berufe zu kommen, die fernab vom psychologischen Bereich liegen.

Dieses Beispiel soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei fehlenden Master-Plätzen um ein Problem aller Studiengänge handelt. Selbst dort, wo noch Kapazitäten frei wären, scheitern Bewerber*innen an ihren angeblich zu schlechten Bachelor-Noten.

■ Was dagegen tun

Um einen freien Zugang zu Bildung zu gewährleisten, ist es unser Ziel, die Masterzugangshürden vollständig

Was fordern wir konkret?

■ Die Einführung eines Mietspiegels in Göttingen zur Bekämpfung von Immobilienspekulationen und unverhältnismäßigen Mietpreissteigerungen

■ Neue und alternative Wohnformen und Projekte fördern (Mehrgenerationen-Häuser, Projekt „Tausche Bildung für Wohnen“, große Wohngemeinschaften)

■ (Staatliche) Leerstände in Wohnraum umwandeln

■ Sicherstellung eines kostenlosen Notfallprogramms (Couchsurfing-Programm, Herbergen, Hostels, Turnhallen usw.)

■ Problemsensibilisierung für beteiligte Akteur*innen (Stadt Göttingen, Studentenwerk, AStA, Uni, Land Niedersachsen, umliegende Gemeinden)

■ Idealzustand herstellen: Ausfinanzierung der Kommune (ohne „Zukunfts“vertrag) und des Studentenwerks, das bedarfsgerech-

abzuschaffen. Ein Bachelor-Abschluss soll automatisch zur Aufnahme eines Master-Studiums berechtigen. Neben einer bundesweiten Kampagne, die die Juso-HSG gemeinsam mit anderen Studierendenverbänden initiiert hat, setzen wir uns zudem in den Gremien der Uni Göttingen für größtmögliche Freiheiten ein. Instrumente, die zur Öffnung des Masters beitragen, sind Streichcredits für schlechte Modulnoten, die Möglichkeit, die Noten durch die Anrechnung von sozialem Engagement zu verbessern und ein flexibler NC zum Master, der dafür sorgt, dass vorhandene Kapazitäten voll ausgenutzt werden.

Impressum

Auflage: 1000

Druck: Pachnicke Druck Göttingen,
gedruckt auf Recyclingpapier

V. i. S. d. P.: Vincent Lindner

Kontakt:

Juso-Hochschulgruppe
c/o SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

www.facebook.com/JusoHSG.goe
www.twitter.com/JusoHSG_goe
kontakt@linke-kraft.de
www.linke-kraft.de

Exzellenzinitiative – da war doch was!?

Ja, richtig, da WAR etwas – die Göttinger Uni hat die zweite Runde der Exzellenzinitiative nicht bestanden. Aber was genau war denn die Exzellenzinitiative noch?

■ Gutes besser machen, Durchschnitt abhängen

Die Exzellenzinitiative stellt den Versuch dar, die deutsche Forschungslandschaft international wettbewerbsfähig zu machen. Als Vorbilder wurden und werden US-amerikanische und britische Hochschulen wie Harvard oder Oxford gesehen – doch dieser Versuch konnte nicht gelingen. Stattdessen wurde ein Keil in die deutsche Hochschullandschaft getrieben und Hochschulen über die Entscheidung nach Exzellenzmitteln gegeneinander ausgespielt. Hochschulverwaltungen und Professor*innen waren über Jahre damit beschäftigt, Anträge zu schreiben, wodurch wichtige Aufgaben wie z.B. die Studierendenbetreuung in den Hintergrund traten.

■ Göttingen nicht exzellent?

Warum genau die Uni Göttingen nun mit ihrem Zukunftskonzept gescheitert ist, hält das Uni-Präsidium quasi geheim. Ausschließlich Vertreter*innen ausgewählter Gremien wurde die Begründung vorgelegt, die Anfrage des AStA blieb unbeantwortet. Nachdem aber schon in der letzten Runde der Exzellenzinitiative gemutmaßte wurde, dass Göttingen nur aufgrund eines Regionalproporzes berücksichtigt wurde, ist die Entscheidung gegen den Göttinger Exzellenzstatus nicht überraschend.

Doch einige Fakten sind aus dem auserwählten Zirkel durchgesickert: So sei die erste Runde der Exzellenzinitiative nicht konsequent genug angegangen worden, Professor*innen-Stellen seien zu früh mit Nachwuchswissenschaftler*innen besetzt worden, was die Profilbildung der Uni gefährde.

■ Und nun?

Nun „fehlen“ der Uni ca. 60 Mio. Euro verteilt über die nächsten 5 Jahre.

Doch das Uni-Präsidium ist sich sicher, (fast) alle Mittel kompensieren zu können und führt schon jetzt Gespräche mit Land und Bund.

Wenn das der Fall ist, zeigt es noch deutlicher, wie unnötig die Exzellenzinitiative ist, wenn sich die kompletten Mittel anders einwerben ließen. Und die Konsequenzen für die Studierenden werden sicherlich die geringsten sein. Sicher finden es manche schade, dass sie nicht mehr an einer Exzellenz-Uni studieren. Doch für das eigentliche Studium wird sich – wenn überhaupt – nur in einigen ganz wenigen Fällen etwas ändern.

■ Mehr Geld für Bildung!

Wir als Juso-Hochschulgruppe werden uns weiterhin mit all unseren Mitstreiter*innen für eine solide, öffentliche Grundfinanzierung aller Hochschulen einsetzen. Elitendenken ist uns fremd, und deshalb fordern wir, dass endlich mehr Geld für Bildung, Forschung und Wissenschaft in allen Bereichen ausgegeben wird.

LuSt, Nord-LuSt und SUB– Der Wahnsinn geht weiter

Das Lern- und Studienzentrum (LuSt) erregt schon seit etwa zwei Jahren die Gemüter der Studierenden. Komplett aus Studiengebühren finanziert, stellt es einen Verstoß gegen die Bedingungen zur Verwendung von Studiengebühren dar. So kommt das LuSt nicht unmittelbar jenen Studierenden zugute, die mit ihren Studiengebühren gezwungen sind, es zu finanzieren. Schon seit über einem Jahr wird gebaut, noch einige Monate wird es mindestens dauern, bis das LuSt eröffnet werden kann und nicht wenige der Studierenden, die es mitfinanziert haben, haben dann ihr Studium schon längst abgeschlossen. Aus diesen (und einigen weiteren Punkten) haben sich vor und während der Bauzeit immer wieder Fachschaften, Fachgruppen, politische Hochschulgruppen und seit anderthalb Jahren auch der AStA gegen den Bau des LuSt gewandt – genutzt hat es nichts!

■ Neues Gebäude am Nordcampus

Stattdessen scheinen sich jetzt Befürchtungen zu bestätigen. Denn nachdem es einmal erfolgreich erprobt wurde, ein Gebäude zu einem immensen Preis aus Studiengebühren zu bauen, steht jetzt der nächste Versuch ins Haus. Am Nordcampus soll ein ähnliches Gebäude entstehen, etwas kleiner, aber im Grunde handelt es sich um dasselbe Konzept. Noch bevor also klar ist, ob das LuSt in seiner derzeitigen Konzeption auch nur ansatzweise für Studierende interessant ist, wird bereits das gleiche Modell erneut verwendet.

■ Juso-HSG gegen Studiengebührenverschwendung

Auch bei dieser Abstimmung hat sich die Juso-HSG vehement gegen die mehr als fragwürdige Verwendung studentischer Gelder ausgesprochen. Dieses Gebäude mag am Nordcampus

durchaus sinnvoll sein, sinnvoller als am Zentralcampus. Die Finanzierung aus Studiengebühren ist jedoch auch hier nicht tragbar. Das Land Niedersachsen wird durch solche Modellversuche ermutigt, sich immer mehr aus der grundständigen Finanzierung der Hochschulen zurückzuziehen.

Zurück zum Lern- und Studieng Gebäude: Schon 2009, als es für den Z-Campus erste Planungen gab, existierte ein Alternativvorschlag der SUB. Dieser sah vor, die Räumlichkeiten der SUB umzubauen und auf diese Weise mehr studentische Arbeitsplätze zu schaffen. So war etwa die Einrichtung eines dritten Lesesaals im Erdgeschoss geplant. Weiterhin sahen die Pläne eine vermehrte Schaffung von Arbeitskabinen, die vor allem für Abschlussarbeiten nützlich sind, vor. Auch die Entleih- und Informationsinfrastruktur sollte vollkommen neu

(Fortsetzung auf Seite 5)

Wer wir sind und was wir machen

Grundsätze der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Die Juso-HSG Göttingen ist der Studierendenverband der Jusos und der SPD, verfolgt aber unabhängige, eigenständig entwickelte hochschulpolitische Ziele. Die Juso-Hochschulgruppen verstehen sich als sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Der demokratische Sozialismus ist Leitlinie und Ziel unseres politischen Handelns.

Zu den Grundsätzen der Juso-HSG Göttingen gehören außerdem Offenheit und Basisdemokratie. Wir sind gegen hierarchische Strukturen und treffen daher alle unsere Entscheidungen konsensorientiert.

Zu unserer kontinuierlichen, programmatischen Arbeit gehören

- die konsequente Abschaffung der Studiengebühren
- die kritische Begleitung des Bologna-Prozesses
- die Forderung nach einer dauerhaften Verbindung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft
- die Öffnung der Hochschulen auch für beruflich qualifizierte
- die Förderung der Gleichstellungspolitik an Hochschulen
- der kontinuierliche Kampf gegen rassistisches, antisemitisches oder sonstiges menschenverachtendes Gedankengut an Hochschulen und in der Gesellschaft

(Fortsetzung von Seite 4)

geordnet werden. Durch das Zusammenlegen verschiedener Arbeitsbereiche und die Umstellung auf elektronische Verfahren würde zum Einen Platz entstehen, zum Anderen das teils verwirrende Chaos der Thekenöffnungszeiten geklärt werden. Diese Idee wurde auf Kosten des LuSt verworfen. Sie war mit ca. 3,5 Mio. Euro fast zweidrittel günstiger, hätte weniger Zeit in Anspruch genommen und zudem neue Lernplätze in einer Umgebung geschaffen, in der man auf Bücher hätte zugreifen können, was im LuSt nicht möglich ist. Nachdem

Diskriminierung ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig - sei es auf Grund von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder Behinderung. Als Juso-Hochschulgruppe machen wir uns stark gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung von Frauen im Wissenschaftssystem und darüber hinaus.

■ Kampf für soziale Gerechtigkeit

Wir setzen uns für eine umfangreiche Sozialpolitik und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit an Hochschulen ein. Zentral sind für uns ein Einkommens- und elternunabhängiges BAföG, die Erleichterung des Studiums mit Kind und der Abbau von Barrieren jeglicher Art für Studierende mit Behinderung oder chronischer Krankheit

Wir vertreten in verschiedenen Gremien der akademischen und studentischen Selbstverwaltung die studentischen Interessen, u.a. im Studierendenparlament (StuPa), in Fachschaftsräten, im Studentenwerk, im Senat, in Fakultätsräten sowie im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA).

Außerdem veröffentlichen wir regelmäßig unsere Publikation, die rot!ation, in der wir die Entwicklungen an der Universität und wichtige hochschulpolitische Themen kritisch begleiten.

dieser Plan 2009 noch zugunsten des LuSt verworfen wurde, ist er jetzt wieder aktuell geworden. Er ist ebenso wie der Antrag zum Gebäude auf dem Nordcampus in der letzten Sitzung der zKLS-plus mehrheitlich befürwortet worden.

■ Der Wahnsinn geht weiter

Es zeigt sich also, dass die Universitätsleitung derzeit bestrebt ist, noch möglichst viel aus den Studiengebühren herauszuholen. Mit Perspektive auf eine mögliche Abschaffung nach der Landtagswahl im Januar 2013 sollen jetzt Projekte mit einer möglichst

Im Hintergrund werden wir als Juso-HSG Göttingen durch eine starke Struktur unterstützt. Die Juso-Hochschulgruppen sind sowohl auf Bundes- als auch Landesebene vernetzt und ein regelmäßiger Austausch stärkt unsere gemeinsamen politischen Forderungen.

Neben unserer politischen Arbeit kommt der Spaß nicht zu kurz. Wir verbringen viel Zeit miteinander, private Freundschaften innerhalb der HSG führen zu einer angenehmen Atmosphäre sowohl auf unseren Sitzungen als auch darüber hinaus.



Du interessierst dich für Hochschulpolitik und möchtest dich einmischen?

Komm zu unseren **Informationsabenden** am **1.11.** und **15.11.** 2012 um 20 Uhr c.t. im Rosa-Luxemburg-Haus (AStA-Gebäude, Goßlerstr. 16a)

langen Laufzeit beschlossen werden, deren Weiterfinanzierung dann auf jeden Fall das Land übernehmen müsste. Wir lehnen die Finanzierung von Gebäuden aus Studiengebühren nach wie vor ab. Dies widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen zur Verwendung von Studiengebühren in erheblichem Maße. Mit Baubeginn werden zudem Tatsachen geschaffen, die nicht rückgängig gemacht werden können. Der regelrechte Bauboom, der gerade einsetzt, bindet auf Jahre hinaus Kapazitäten und verhindert sinnvollere Investitionen in der Bildungsinfrastruktur.

Erfolgreicher Widerstand gegen Neonazis

In der Vergangenheit gab es immer wieder Drohungen, Überfälle von Neonazis gegen linke Organisationen und Menschen, die sich den Nazis in den Weg stellen. Hinzu kommen die rassistisch motivierten Morde des sogenannten Nationalsozialistischer Untergrunds (NSU), die nicht zuletzt deshalb so erschreckend lang andauerte, weil der Staat sich gegen den Gedanken eines rechtsradikalen Hintergrunds verweigerte.

■ Demos zeigen Wirkung!

Doch sollten sich deshalb die Menschen zukünftig nicht mehr für ein solidarisches und antifaschistisches Leben einsetzen und sich von Demonstrationen fern halten, weil es „nicht viel bringen“ könnte? Nein!



Friedliche Sitzblockade am 4. August 2012 in Bad Nenndorf

Immer wieder zeigen Aktionen, dass es sich lohnt, entschlossen und solidarisch gegen Faschismus und Rassismus zu agieren!

In den letzten zwei Jahren wurde der europaweit größte Naziaufmarsch in Dresden durch Blockaden zehntausender Demonstrierender vollends verhindert!

Auch der sogenannte „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ), der von rechtsradikalen „freien Kameradschaften“ organisiert wird, konnte dieses Jahr erfolgreich gestört werden, sodass die Marschroute der etwa 600

angereisten Nazis stark verkürzt wurde.

■ Protest in Bad Nenndorf erfolgreich

In Bad Nenndorf, nahe Hannover, fand auch dieses Jahr wieder ein von Neonazis initiiertes „Trauermarsch“ statt, um Nationalsozialist*innen als Opfer darzustellen, Geschichtsrevisionismus zu betreiben und dies in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Ziel der Demonstration ist das Wincklerbad, das nach dem zweiten Weltkrieg den britischen Besatzungstruppen als Internierungslager für hochrangige SS- und NSDAP-Mitglieder diente. Zum Teil Hauptverantwortliche der Shoa sollen so als Opfer eines britischen „Besatzungsregimes“ verklärt werden.

Auch diesem Versuch, faschistisches Gedankengut in der Öffentlichkeit zu etablieren, stellten sich antifaschistische Bündnisse entgegen. Eine große Beteiligung an Blockaden und Demos verhinderte den Start der Nazi-Demo um mehrere Stunden und sorgte für weniger Nazis als in vorherigen Jahren. Im Vergleich zu 2010 halbierte sich ihre Anzahl.

Ebenfalls jährte sich dieses Jahr das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Vor 20 Jahren griffen Bürger*innen und Nazis die Unterkünfte von Asylbewerber*innen und vietnamesischen

Vertragsarbeiter*innen mit Brandsätzen und Steinen an. Weder Polizei, noch Politik schritten ein und schoben sich im Nachhinein die Schuld zu.

An der bundesweiten Demonstration im August nahmen mehrere tausend Menschen teil. Es gab Kundgebungen, Aufrufe von Bürger*innen und Antifaschist*innen sowie weitere Aktionen.

■ Rassismus bei Gedenken

Auch der derzeitige Bundespräsident Joachim Gauck hielt eine Rede. Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass die Notwendigkeit, gegen Rassismus und Faschismus ankämpfen zu müssen, lange nicht bei allen Menschen angekommen ist. So wurden zwei Mitglieder des deutsch-afrikanischen Freundeskreises Daraja e.V. ohne jegliche Begründung von der Veranstaltung ausgeschlossen, obwohl sie eine Einladung des Oberbürgermeisters erhalten hatten. Während Gaucks Rede gelang es antirassistischen Demonstrierenden mehrfach mit lauten Rufen auf sich und ihr Anliegen hinzuweisen. Dass diese mit Unverständnis seitens der Umstehenden aufgenommen wurden, zeigt das mangelnde Interesse, sich mit dem rassistischen Normalzustand in der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Im September gab es einen bundesweiten Aktionstag, um ein Zeichen gegen Abschiebeknäste und die damit einhergehende Abschiebepolitik zu setzen. Im westfälischen Büren fanden sich mehrere hundert Menschen ein, um gegen den dortigen Abschiebeknast zu protestieren und auf die fatalen und unmenschlichen Verhältnisse aufmerksam zu machen.

Es zeigt sich mehr als deutlich, dass sich nach wie vor breiter Widerstand findet und sich mit Aktionen und Demonstrationen sowie öffentlicher Arbeit und Aufklärung sehr viel erreichen lässt.



Kulturflatrate für Göttinger Studis

Ab diesem Wintersemester gilt erstmals das Kunst- und Kulturticket, das allen Göttinger Studierenden freien oder stark ermäßigten Eintritt in verschiedene Kultureinrichtungen bietet. Die Funktionsweise ähnelt dabei dem Bahnsemesterticket. Zu Beginn jedes Semesters wird von allen Studierenden ein Betrag in Höhe von 7,60 Euro eingezogen, gegen Vorlage des Stu-

■ Geltungsbereich

Insgesamt sind im Ticket elf Einrichtungen enthalten. Neben den drei Göttinger Theatern (DT, jt, ThOP) gehören hierzu Diskotheken oder Konzerträume wie EXIL, Musa, Apex oder Nörgelbuff, das städtische Museum und die universitären Sammlungen. Weiterhin sind das Göttinger Symphonie Orchester und das Kulturzentrum

der Vertretung der hochschulpolitischen Interessen und der Wahrung der sozialen Belange, etwa durch eine regelmäßige Sozialberatung, hat sich der AstA auch um die kulturellen Belange der Studierenden zu kümmern. Das Göttinger Kulturticket bildet hierbei einen wichtigen Baustein des kulturellen Angebots für Studierende. Neben dem Kulturreferat im AstA, das regelmäßig Partys, Vernissagen und Weiteres – vornehmlich im Stilbrvch – veranstaltet, wird somit auch der sogenannten „Hochkultur“ Genüge getan.

■ Kulturticket etablieren und ausbauen!

Wir werden uns im AstA für eine Beibehaltung des Kulturtickets aussprechen. Wir setzen uns dafür ein, mit den bereits beteiligten Einrichtungen erneut Gespräche zu führen, um den Studierenden eine Fortführung des Kulturtickets zur Abstimmung stellen zu können. Außerdem ist es unser Ziel, das Kulturticket um möglichst viele Göttinger Einrichtungen zu erweitern. Denkbar wären hier etwas das Kino Lumière, das Café Kabale und der Theaterkeller. Vorerst wünschen wir euch aber viel Spaß und viele interessante und sehr kostengünstige oder gar kostenlose Abende mit dem Göttinger Kulturticket!



dienausweises können dann alle Angebote des Kulturtickets in Anspruch genommen werden. Wie beim Bahnticket auch gilt das Solidaritätsprinzip, das heißt: Die niedrigen Kosten können nur realisiert werden, da alle Studierende den Beitrag zahlen. Seine Legitimation bezieht das Ticket dabei aus einer Urabstimmung im Januar, bei der die Studierenden mehrheitlich für die Einführung stimmten.

KAZ dabei. Detaillierte Informationen zu den Konditionen des Kulturtickets erhaltet ihr auf www.asta.uni-goettingen.de/kulturticket oder auf Nachfrage bei den entsprechenden Einrichtungen.

■ AstA hat Kulturauftrag

Mit der Verhandlung und Einführung des Kulturtickets kommt der AstA einer wichtigen Aufgabe nach. Neben

gesellschaft macht geschlecht

Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie

Was ist eigentlich Sexismus, oder besser gesagt: Was ist eigentlich heutzutage noch sexistisch und was kann unsere Gesellschaft als lustigen Spruch abtun?

Der Vorfall um die Vereinsnamen „FC Siewillja“, „Eintracht Fraunschweig“ und weitere in der Göttinger Uni-Liga hat medial weite Kreise gezogen und auch auf dem Campus eine Diskussion angestoßen. Verschließen wir die Augen vor dem alltäglich sowohl latent als auch völlig

offensichtlich wirkenden Sexismus in unserer Gesellschaft? Oder sind das Einzelfälle und alle sollen sich nicht so anstellen? Sexismus ist doch Schnee von gestern und längst haben sich alle Frauen emanzipiert und können daher solche Vereinsnamen als Scherz auffassen.

Nichts da! Gleichstellung und Toleranz, geschweige denn eine antisexistische Praxis, sind noch lange nicht in unserer Gesellschaft verankert. Es ist wichtig, auf diesen permanent im All-

tag vorhandenen und vor allem gesellschaftlich etablierten Sexismus aufmerksam zu machen. Den ausführenden Personen immer wieder vor Augen zu führen, dass ihr Verhalten eben kein kleiner Scherz am Rande ist, sondern aktiv diskriminierend. Die Möglichkeit zur Selbstreflexion und der öffentliche Diskurs über sexistische Alltagssituationen sind wichtige Faktoren im Prozess zur Überwindung dieser Zustände.



(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

Um weiterhin auf die bestehenden Missstände hinzuweisen und sich aktiv gegen Sexismus und Homophobie einzusetzen, hat der studentische Dachverband freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) 2007 die Veranstaltungswoche **gesellschaft macht geschlecht*-Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie* ins Leben gerufen.

Die Aktionstage finden dieses Jahr vom 5. bis zum 11. November an etwa zehn Hochschulen statt. Es wird eine vielfältige Woche, die in einem bunten Mix aus Politik und Kultur die bestehenden Problemlagen in Bezug auf Sexismus und Homophobie beleuchten möchte. Das Veranstaltungsangebot variiert von Workshops über Vor-

träge und Ausstellungen bis hin zu Konzerten und Partys. Jede Hochschule kann die Aktionstage individuell ausgestalten.

Wichtig ist, dass wir aktiv werden! Gemeinsam können wir mehr bewegen und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse verändern. Ihr habt Interesse an den Aktionstagen? Dann haltet die Augen nach Veranstaltungsankündigungen offen.

In diesem Sinne:

„Wir sind viele, wir sind wild - wir scheißen auf's herrschende Frauenbild! Fight Sexism!“



Unser Ziel: Eine militärfreie Uni

Zivilklausel, was war das noch einmal? Mit der Festschreibung einer Zivilklausel in der Grundordnung der Universität würde sich diese verpflichten, nur friedlichen und zivilen Zwecken zu dienen und keinerlei Kooperationen mit dem Verteidigungsministerium oder Rüstungskonzernen einzugehen.

■ Am Anfang...

Schon im vergangenen Jahr hat sich das von der Juso-HSG gestellte AStA-Referat für Politische Bildung in der bundesweiten Zivilklausel-Vernetzung eingebracht. Außerdem nahmen die Protagonist*innen Kontakt mit Unipräsidentin Prof. Ulrike Beisiegel auf und führten ein Interview mit ihr, in dem sie sich zur Zivilklausel bekannte

Diese Arbeit wird auch in der derzeitigen AStA-Legislatur fortgesetzt. Was haben wir genau gemacht?

■ Im letzten halben Jahr...

... hat im März ein Planungstreffen mit Frau Beisiegel stattgefunden

... haben im Mai auf dem Campus im Zuge der „Aktionstage Zivilklausel“ eine Podiumsdiskussion, ein Filmabend sowie ein Vortrag zu Werbestrategien der Bundeswehr an Schulen stattgefunden

... ist im Mai die Petition „Ja zur Zivilklausel - keine Rüstungsforschung an der Uni Göttingen“ gestartet. Bis

Dato sind ca. 500 Unterschriften registriert.

... haben wir im August den Unterstützungsauftrag „Deine Gruppe für die Zivilklausel“ aufgesetzt. 18 Gruppen haben sich für die Zivilklausel an der Uni Göttingen ausgesprochen.

...haben wir an bundesweiten Vernetzungstreffen zur Zivilklausel teilgenommen.

... fand im September das zweite Koordinierungstreffen mit Frau Beisiegel und weiteren Personen aus der Unileitung statt

... unterstützten wir im September die Aktionswoche „Keine Bundeswehr an Schulen - Für Militärfreie Bildung und Forschung“

Für das Gespräch im September hatten wir uns großartige Strategien überlegt, doch

■ Beisiegel ist von der Initiative des AStAs begeistert....

Sie möchte bereits am 17. Oktober einen gemeinsamen Antrag des Präsidiums und des AStAs im Senat einbringen. Dort soll dieser eine Formulierung beschließen, die die Wissenschaftler*innen an ihre gesellschaftliche Verantwortung erinnert und eine Anzeigepflicht für Militärforschung vorsieht.

■ Was bewirkt das?

- Sensibilisierung der Forschenden

Veranstaltungen

- 31. Oktober, 18 Uhr c.t.: 8. ordentliche StuPa-Sitzung,
- 1. und 15. November, 20 Uhr c.t.: Informationsabende der Juso-HSG im AStA-Gebäude
- 5. bis 11. November: Aktionstage **gesellschaft macht geschlecht**
- 14. bis 21. November: Global Education Strike
- 17. November: International Student's Day
- 22. November, 18 Uhr c.t.: 9. ordentliche StuPa-Sitzung
- 23. bis 25. November: OpenUni im Verfügungsgebäude (VG)
- 18. Januar 2013: Demo gegen Studiengebühren in Hannover
- 20. Januar 2013: Niedersächsische Landtagswahl

- den für das Thema
- Sozialen Druck, nach alternativen Finanzmitteln, Forschungszwecken zu suchen, denn viele militärische Forschung hat auch zivile Nutzungsaspekte
- Transparenz: Dem Senat muss Bericht erstattet werden und es soll quasi „Buch“ darüber geführt werden, welche militärisch assoziierten Forschungsprojekte an der Uni Göttingen bestehen, die für den AStA abrufbereit ist.

■ Maximalforderung nicht durchsetzbar

Diese Lösung ist nicht das, was die Juso-HSG sich gewünscht hätte. Wir hätten der Universität gerne im Sinne der oben genannten Definition jegliche Kooperation mit Rüstungskonzernen sowie dem Verteidigungsministerium untersagt. Allerdings würde gemäß der Einschätzung der universitären Rechtsabteilung eine solche Formulierung zum jetzigen Zeitpunkt keine Chance auf Annahme haben.

Sollte der Senat den Antrag ablehnen, kehren wir zu unserem Ursprungsplan zurück und beantragen im Studierendenparlament eine Urabstimmung unter den Studierenden, um so im Falle eines positiven Votums weiter Druck auf den Senat aufbauen zu können.